

# **Die Berichterstattung über Friedensinitiativen dritter Parteien während des Golfkrieges**

## **1. Medien und Konflikteskalation**

Die gegenwärtige Diskussion zwischen Journalisten, Medienwissenschaftlern und Friedensforschern dreht sich um die Frage, wie die Medien als Instrumente einer konstruktiven, gewaltfreien Transformation von Konflikten genutzt werden können. Dieses Konzept eines kritischen Friedensjournalismus, der an die Stelle traditioneller Kriegsberichterstattung treten soll, bedeutet weder, daß über Gewalt nicht mehr berichtet wird, noch bedeutet es, daß die berichteten Tatsachen verfälscht werden. Es geht jedoch davon aus, daß die Form, in welcher darüber berichtet wird, entweder zur Eskalation oder zur Deeskalation des Konfliktes beitragen kann.

Eskalierende Konflikte gehen mit systematischen Verzerrungen der Wahrnehmung einher, welche die Konfliktparteien von sich selbst, ihren Gegnern und neutralen dritten Parteien haben, die in dem Konflikt zu vermitteln versuchen (Deutsch, 1973). Je mehr eine Gesellschaft in einen Konflikt verwickelt ist, desto mehr werden Öffentlichkeit und Medien sich dafür als anfällig erweisen.

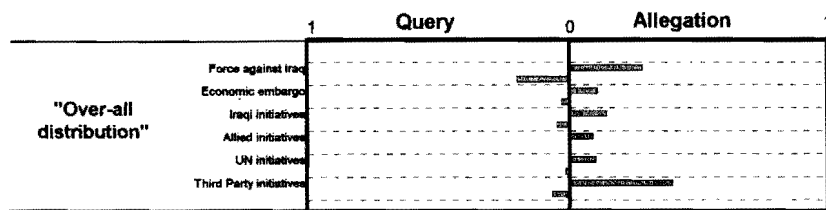
Selbst Propaganda erfindet nicht einfach ihre eigene Sichtweise des Konfliktes, sondern greift diese naturwüchsigen Wahrnehmungsverzerrungen auf und verschärft sie (Kempf, 1996a). Wenn Kriegsberichterstattung wie Propaganda aussieht, so bedeutet dies daher nicht notwendigerweise, daß es sich dabei auch tatsächlich um gezielte Propaganda handelt. Es kann auch sein, daß der Kriegsberichtersteller selbst der aufgeheizten öffentlichen Stimmung zum Opfer gefallen ist. Um der "Propagandafalle" entgehen zu können, muß kritischer Friedensjournalismus daher diese Prozesse kennen und in Rechnung stellen.

Die Berichterstattung über alternative Konfliktlösungsoptionen kann in diesem Zusammenhang als ein Mindestanfordernis für Friedensjournalismus gesehen werden. Jedoch sind es auch hier nicht nur die Fakten, welche berichtet werden, sondern mehr noch die Art und Weise, wie sie der Öffentlichkeit präsentiert werden, welche zur Eskalation oder zur Deeskalation des Konfliktes beiträgt.

## **2. Die Berichterstattung über alternative Konfliktlösungsoptionen**

Wie eine interdisziplinäre und multinationale Studie über die Golfkriegsberichterstattung gezeigt hat (Kempf, 1996b), gehörten alternative Konfliktlösungsoptionen zu jenen Themen, welchen die Medien

während des Golfkrieges die größte Aufmerksamkeit schenken. Die Stichprobe der analysierten Medien umfaßte europäische und amerikanische Fernsehnachrichten und Tageszeitungen sowie zwei äthiopische Tageszeitungen und (bis zur Einstellung seines Erscheinens mit Beginn der Bombenangriffe auf Bagdad) den Baghdad Observer. Analysiert wurden sämtliche Berichte über den Golfkonflikt, die in diesen Medien an 31 ausgewählten Stichtagen zwischen dem 2. August 1990 und dem 15. Januar 1993 erschienen waren. Insgesamt wurden n=4096 Berichte inhaltsanalytisch ausgewertet.



**Abbildung 1.** Alternative Konfliktlösungsoptionen: relative Häufigkeiten (n=740; nach Kempf, 1997, 4).

Mit insgesamt 740 Berichten bezogen sich mehr als 18% der analysierten Texte in positiver (allegation) und/oder negativer Form (query) auf mindestens eine der folgenden Konfliktlösungsoptionen:

- Militärische Gewaltanwendung (Force against Iraq)
- Ökonomische Druckmittel (Economic embargo)
- Irakische Friedensinitiativen (Iraqi peace initiatives)
- Alliierte Friedensinitiativen (Allied peace initiatives)
- Friedensinitiativen der Vereinten Nationen (UN peace initiatives)
- Friedensinitiativen dritter Parteien (Third party peace initiatives)

Die Häufigkeitsverteilung dieser Variablen (vgl. Abb. 1) zeigt, daß militärische Gewaltanwendung gegen den Irak sowohl die am häufigsten als auch die am kontroversesten diskutierte Konfliktlösungsoption war. In 28.4% der relevanten Berichte wurde sie als einzig mögliche oder effektivste Form der Konfliktlösung dargestellt. In 20% der Berichte wurde dies verneint, bezweifelt oder in Frage gestellt.

Friedensinitiativen dritter Parteien folgten an zweiter Stelle (39.6% allegation; 6.8% query). Alliierte Friedensinitiativen fanden die geringste Erwähnung (9.2% allegation; 0.8% query).

In Berücksichtigung von Kracauer's (1952) Argument, wonach es jedoch nicht so sehr die Häufigkeit ist, mit der bestimmte Informationen vorkommen, welche die Richtung eines Textes bestimmt, als das vielmehr Muster, zu dem verschiedene Informationen miteinander kombi-

nirt werden, wurden die Daten mittels der von Lazarsfeld (1950) begründeten Latent-Class-Analyse (LCA) statistisch ausgewertet. Die Ergebnisse zeigten, daß die Verteilung in Abbildung 1 eine Mischverteilung von neun latenten Berichterstattungsstilen (Kempf, 1996b) darstellt, die der Öffentlichkeit verschiedene Muster von Informationen präsentierten.

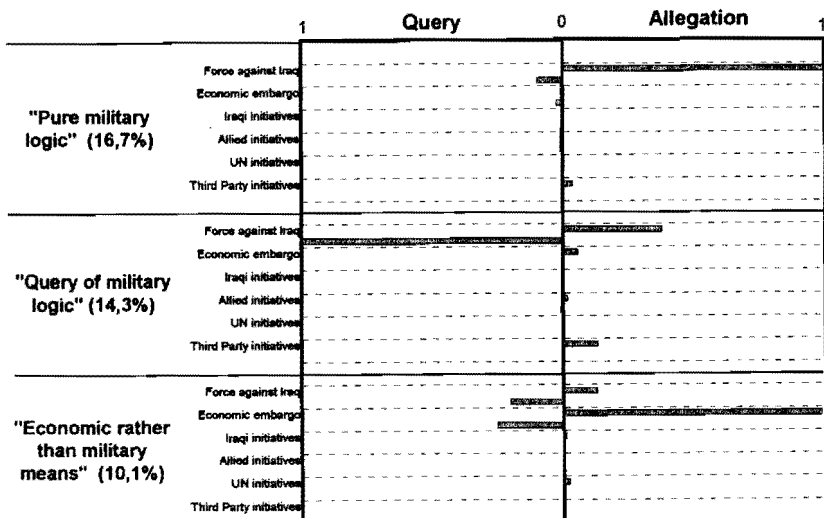


Abbildung 2. Anwendung militärischer und/oder ökonomischer Druckmittel (nach Kempf, 1997, 5).

Insgesamt 41.1% der einschlägigen Berichte hatten die Anwendung militärischer und/oder ökonomischer Druckmittel im Fokus.

1. 16.7% der Berichte folgten einer rein militärischen Logik, die militärische Gewaltanwendung gegen den Irak als einzig mögliche oder effektivste Form der Konfliktlösung darstellte (99.9%) und keinerlei Notiz von anderen Alternativen nahm.
2. Obwohl fast ebensoviele Berichte (14.3%) die Notwendigkeit und/oder Effektivität militärischer Gewaltanwendung in Frage stellten (99.9%) und in diesem Kontext mitunter positiven Bezug auf Friedensinitiativen dritter Parteien nahmen (13.4%), wiesen sie die Anwendung militärischer Gewalt jedoch nicht einhellig zurück, sondern nahmen recht häufig auch positiven Bezug darauf (38%).
3. Weitere 10.1% der Berichte gaben ökonomischen Druckmitteln den Vorzug gegenüber militärischer Gewaltanwendung. Obwohl in diesen Berichten davon gesprochen wurde, daß man dem Em-

bargo mehr Zeit hätte lassen sollen, um wirksam werden zu können (98.2%), waren auch diese Berichte offensichtlich von militärischer Logik geprägt. So wurde die Anwendung militärischer Gewalt nur selten explizit zurückgewiesen (20.2%), und auch die Befürwortung ökonomischer Druckmittel war keineswegs einhellig. Die Wirksamkeit des Embargos wurde relativ oft in Frage gestellt (25.3%) und gelegentlich sogar für die Unvermeidbarkeit militärischer Gewaltanwendung argumentiert (13.0%).

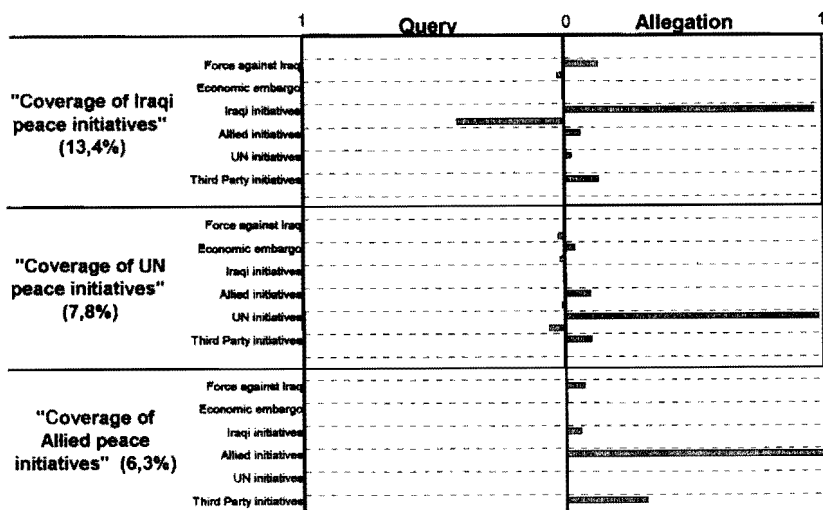


Abbildung 3. Friedensinitiativen der beteiligten Kriegsparteien (nach Kempf, 1997, 6).

Ein Viertel (25.5%) der Berichte bezog sich auf Friedensinitiativen einer der beteiligten Parteien.

1. Obwohl 11.4% der Berichte irakische Friedensinitiativen zur Kenntnis nahmen (97.0%) und dabei gelegentlich auch Friedensinitiativen dritter Parteien erwähnten (13.4%), wurden die irakischen Initiativen jedoch häufig angezweifelt oder in Frage gestellt (41.0%). Mitunter wurde in diesem Kontext die militärische Gewaltanwendung gegen den Irak als einzig gangbarer Weg hingestellt (13.4%).
2. Dagegen stellten jene 7.8% der Berichte, welche von UN-Initiativen handelten (98.2%), diese selten in Frage (6.2%), brachten sie gelegentlich in Verbindung mit Initiativen dritter Parteien (10.2%)

oder der Alliierten (9.9%) und verzichteten auf jeglichen positiven Bezug auf militärische Schritte (0.1%).

3. Weitere 6.3% der Berichte bezogen sich auf alliierte Friedensinitiativen (99.9%), die dabei in keinem Falle angezweifelt oder in Frage gestellt (0.1%) und häufig mit Friedensinitiativen dritter Parteien (31.0%) in Verbindung gebracht wurden. Obwohl diese Berichte gelegentlich sogar positiven Bezug auf irakische Friedensinitiativen (6.0%) nahmen, zeigten sie doch noch eine gewisse Tendenz in Richtung auf Befürwortung militärischer Schritte (7.6%).

Ein Vergleich dieser Muster läßt zwei Grundprinzipien einer eskalationsorientierten Konzeptualisierung des Konfliktes erkennen: Idealisierung alliierter Intentionen, die nicht in Zweifel gezogen werden dürfen, und Dämonisierung irakischer Intentionen, denen höchstes Mißtrauen entgegengebracht wird.

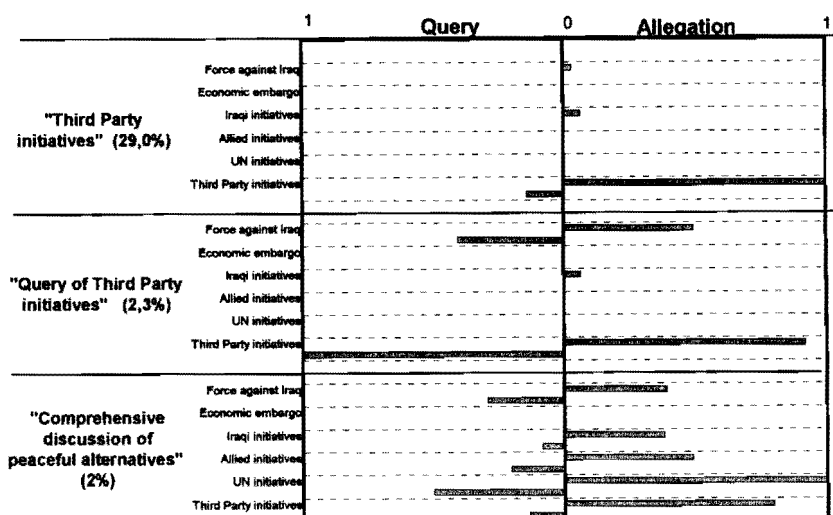


Abbildung 4. Friedensinitiativer dritter Parteien (nach Kempf, 1997, 7).

Ein Drittel (33.3%) der einschlägigen Berichte hatte Friedensinitiativen dritter Parteien zum Gegenstand.

1. Die überwiegende Mehrheit dieser Berichte (29%) nahm positiven Bezug darauf (99.9%) und stellte die Initiativen relativ selten in Frage (14.1%). In diesen Berichten, die kaum Zustimmung zu militärischer Gewaltanwendung zeigten (3.4%), fanden gelegentlich auch irakische Initiativen positive Erwähnung (6.7%).

2. Eine ziemlich kleine Anzahl von Berichten (2.3%) stellte die Friedensinitiativen dritter Parteien in den Kontext militärischer Logik. Dabei präsentierten diese Berichte entweder Argumente pro und contra oder zweiseitige Botschaften (Lumsdaine & Janis, 1953) und zeigten einen deutlichen Bias in Richtung auf Zurückweisung der Friedensinitiativen und Unterstützung eines militärischen Engagements. Obwohl meist auch positiv erwähnt (92%), wurden die Initiativen dritter Parteien fast ausnahmslos in Frage gestellt (99%), und die Angemessenheit militärischer Gewalt wurde eher befürwortet (49.7%) als angezweifelt (40.6%).
3. Die verbleibenden 2% der Berichte bezogen sich auf Friedensinitiativen dritter Parteien im Kontext einer umfassenden Diskussion verschiedener Konfliktlösungsoptionen. Im Fokus dieser Berichte standen UN-Initiativen, die sehr ambivalent beurteilt wurden (allegation: 99.9%, query: 50.0%). Darüber hinaus wurde meist positiv (79.8%), nur gelegentlich auch negativ (13.5%) über Initiativen dritter Parteien berichtet. Obwohl diese Berichte gegenüber Initiativen der Alliierten und der Vereinten Nationen kritischer waren als gegenüber irakischen Initiativen und obwohl sie die Angemessenheit militärischer Druckmittel recht häufig in Frage stellten, kann jedoch nicht geschlossen werden, daß sie eine pro-irakische Tendenz hatten: Die Anwendung militärischer Gewalt gegen den Irak fand in diesen Berichten mehr Zustimmung (39.2%) als Ablehnung (29.3%).

Style / Country	SF	D	N	S	USA	Total
No coverage at all	82.59%	61.14%	88.86%	84.40%	86.91%	81.55%
Pure military logic	1.78%	09.17%	01.47%	01.69%	02.71%	03.13%
Query of military logic	1.19%	13.19%	00.29%	00.46%	00.27%	02.67%
Rather economic means	1.76%	02.49%	01.19%	02.57%	01.60%	01.88%
Iraqi peace initiatives	2.14%	03.77%	01.58%	01.13%	02.29%	02.14%
UN peace initiatives	1.07%	01.71%	01.60%	02.03%	00.68%	01.38%
Allied peace initiatives	1.31%	01.24%	00.65%	01.07%	01.55%	01.17%
Third party initiatives	6.93%	04.59%	04.21%	06.34%	03.98%	05.25%
Query of 3rd party initiat.	0.68%	01.52%	00.09%	00.08%	00.00%	00.44%
Comprehensive discussion	0.54%	01.18%	00.05%	00.23%	00.00%	00.37%
Total	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%

Tabelle 1. Alternative Konfliktlösungsoptionen: Häufigkeit der Stilverwendung in europäischen und amerikanischen Medien (nach Kempf, 1997, 16).

In den amerikanischen Medien war die Präsentation alternativer Konfliktlösungsoptionen deutlich durch die strategischen Interessen der USA geprägt (vgl. Tabelle 1). Friedensinitiativen der Vereinten Nationen und/oder dritter Parteien wurden deutlich weniger beachtet als in den europäischen Medien. Nur selten wurde die militärische Logik in

Frage gestellt, und eine umfassende Diskussion verschiedener Konfliktlösungsoptionen fand überhaupt nicht statt.

Die ausführlichste und kontroverseste Diskussion alternativer Konfliktlösungsoptionen wurde in den deutschen Medien geführt. Diese griffen das Thema mehr als dreimal so oft auf, führten eine umfassende Diskussion verschiedener Konfliktlösungsoptionen und folgten dem Muster der militärischen Logik ebenfalls dreimal so oft wie der Durchschnitt. Im Gegenzug stellten sie die militärische Logik sogar fünfmal so oft in Frage.

In den skandinavischen Ländern spielte die militärische Logik eine geringere Rolle als in Deutschland und in den USA.

In den finnischen Medien, die Friedensinitiativen dritter Parteien besondere Aufmerksamkeit schenkten, wurde öfter als in allen anderen Ländern außer Deutschland eine umfassende Diskussion verschiedener Konfliktlösungsoptionen geführt.

In den schwedischen Medien war die Berichterstattung stärker auf ökonomische Sanktionen ausgerichtet als in den anderen Ländern. Gleichzeitig fanden Friedensinitiativen der Vereinten Nationen und Friedensinitiativen dritter Parteien große Aufmerksamkeit.

Die norwegischen Medien schließlich waren an dem Thema insgesamt am wenigsten interessiert. Wie in Amerika auch, wurde insbesondere die militärische Logik in Norwegen kaum in Frage gestellt.

### **3. Die Berichterstattung über Friedensinitiativen dritter Parteien**

Nahezu ein Drittel der Nachrichten, die alternative Konfliktlösungsoptionen zum Gegenstand hatten, berichteten über Friedensinitiativen dritter Parteien in einer Form, die gewisse Aspekte eines kritischen Journalismus realisiert:

Indem sie die Öffentlichkeit über solche Initiativen informierten, konterkarierten sie sowohl die Darstellung militärischer Gewalt gegen den Irak als einzig gangbaren Weg als auch das Bild der weltweiten Unterstützung dieser Gewaltanwendung.

Der hohe Anteil von Berichten, die diesem Muster folgten, läßt die Golfkriegsberichterstattung weniger einseitig erscheinen als wir sie in Erinnerung haben. Doch dies ist nur ein Teil der Geschichte, und es könnte auch sein, daß die Ergebnisse der quantitativen Inhaltsanalyse ein zu optimistisches Bild zeichnen. Über Friedensinitiativen zu informieren, bedeutet nicht notwendigerweise, daß eine Verhandlungslösung des Konfliktes unterstützt wird. Im Gegenteil können Berichte über Friedensinitiativen auch dazu dienen, den Krieg als unvermeidbar hinzustellen und militärische Schritte plausibel zu machen.

Welche dieser Alternativen im Falle der Berichterstattung über Friedensinitiativen dritter Parteien während des Golfkriegs zutrifft, kann aus den quantitativen Ergebnissen nicht abgelesen werden, sondern erfordert eine tieferegehende Analyse des empirischen Materials.

Zu diesem Zweck wurde eine Auswahl der amerikanischen und europäischen Berichte einer qualitativen Inhaltsanalyse unterzogen. Aus dem Pool der für die Berichterstattung über Friedensinitiativen dritter Parteien besonders typischen Texte wurde ein Text pro Land zufällig ausgewählt.

Zwei der ausgewählten Texte waren zu Beginn des Luftkrieges, am 18. Januar 1991, in der *Washington Post* (USA) bzw. in der *Süddeutschen Zeitung* (D) veröffentlicht worden.

Der dritte Text entstammt dem *Helsingin Sanomat* (SF), in dem er am 13. Februar 1991 erschienen war, d.h. am selben Tag, an dem Berichte über die Bombardierung des Amirya-Bunkers das Augenmerk der Weltöffentlichkeit erstmals auf zivile irakische Kriegsoffer gelenkt hatten.

Die beiden Texte aus *Aftenposten* (N) und *Dagens Nyheter* (S) waren dort am 21. bzw. 23. Februar, d.h. während der letzten Verhandlungsinitiativen unmittelbar vor Beginn der Bodenoffensive, veröffentlicht worden.

Die Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalysen demonstrierten ein dramatisches Defizit an kritischem Journalismus und eine Vielzahl von Modi, wie die Berichterstattung über Friedensinitiativen dritter Parteien dazu verwendet wurde, Unterstützung des Krieges einzuwerben - selbst dann, wenn die Initiativen selbst nicht explizit negiert oder in Frage gestellt wurden.

Der einzige Text, der die Berichterstattung über Friedensinitiativen dritter Parteien nicht zur Unterstützung der Kriegspolitik funktionalisierte, war der Artikel aus dem *Helsingin Sanomat* "Kein Fortschritt im Friedensprozeß. Primakov vergebens in Bagdad. Blockfreie Staaten im Disput".

Dieser Artikel ist ein teilweise im Telegrammstil geschriebener Nachrichtentext, der zwei diplomatische Initiativen zur Beendigung des Golfkrieges zum Gegenstand hat,

- Das erste Thema des Artikels ist Primakovs erfolglose Reise nach Bagdad als Sonderbeauftragter des sowjetischen Präsidenten.
- Das zweite Thema ist die Konferenz der blockfreien Staaten. Da Kuba, Algerien und die PLO einen sofortigen Waffenstillstand verlangen, stehen die Chancen für eine gemeinsame Deklaration jedoch schlecht.

Auf der Ebene aktueller Ereignisse berichtend, beinhaltet der Text einige eskalationsorientierte Elemente. Da es sich dabei jedoch hauptsächlich um die Infragestellung der Effizienz diplomatischer Konfliktlösungsmittel handelt, scheinen diese angesichts des Gegenstandes der Berichterstattung so gut wie unvermeidbar.

Indem der Text über Versuche berichtet, Saddam Hussein zum Rückzug aus Kuwait zu überreden, beinhaltet er auch eine ganze Reihe von deeskalationsorientierten Elementen: Infragestellung der Angemessenheit militärischer Gewaltanwendung, Einforderung gewaltfreier Al-



ternativen, Perspektiven der Versöhnung und kritische Distanz gegenüber beiden Kriegsparteien. Auch diese sind dem Gegenstand der Berichterstattung geschuldet und resultieren nicht aus der spezifischen Form seiner journalistischen Präsentation.

Wie die Berichterstattung über Friedensinitiativen zur Plausibilität des Krieges beizutragen vermag, kann man aus der *Washington Post* und der *Süddeutschen Zeitung* lernen.

Der Text aus der *Washington Post* trägt den Titel "Sowjetunion und Alliierte unterstützen US-geführten Angriff auf Irak" und greift eine letzte Friedensinitiative von Präsident Gorbatschow lediglich auf, um der sowjetischen Zustimmung zum Kriegsbeginn mehr Gewicht zu verleihen und den Krieg als unvermeidbar darzustellen.

Der ganze Text ist durch eskalationsorientierte Elemente dominiert, insbesondere durch die Unterstützung einer militärischen Konfliktlösung und die Konstruktion des Konfliktes als Nullsummenspiel.

Deeskalationsorientierte Aspekte, wie die (implizite) Anerkennung des Preises, der für einen militärischen Sieg zu bezahlen ist, und die Infragestellung der Angemessenheit militärischer Gewaltanwendung, werden ebenfalls berichtet. Aber es wird ihnen wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Stattdessen werden kritische Schlußfolgerungen durch geeignete Kontextualisierung der deeskalationsorientierten Elemente abgewehrt.

Mit Kontextualisierung ist dabei sowohl die Wahl des Kontextes gemeint, in welchen eine Information gestellt wird, als auch die Reihenfolge, in welcher verschiedene Informationen präsentiert werden:

- So wird die sowjetische Unterstützung der Luftangriffe bereits in der Schlagzeile verkündet.
- Gorbatschows Ansuchen, die Bombenangriffe um einige Stunden aufzuschieben, um Saddam Hussein doch noch zum Rückzug aus Kuwait überreden zu können, wird dagegen erst berichtet, nachdem der Leserschaft versichert wurde, daß die Sowjetunion sogar "starke" Unterstützung der Luftangriffe signalisiert habe, und dies, "obwohl Washington ihr Ansuchen zurückgewiesen hatte".
- Darüber hinaus stellt der Artikel die sowjetische Reaktion in den Kontext einer weltweiten Unterstützung der Bombenangriffe, mit Ausnahme von Kuba, Nordkorea und dem Iran - also genau jenen Ländern, die der amerikanischen Öffentlichkeit ohnedies als Verkörperung des Bösen gelten.

Dasselbe Thema - internationale Reaktionen auf den Kriegsbeginn - ist auch Gegenstand des in der *Süddeutschen Zeitung* am selben Tag erschienenen Artikels "Weltweite Bestürzung über den Ausbruch des Krieges. Gorbatschow gibt Saddam Hussein die Schuld. In vielen Stellungnahmen heißt es aber auch, die internationale Gemeinschaft habe versagt".

Wie in der *Washington Post*, sind es auch hier Gorbatschows Vermittlungsbemühungen, die den Text als Berichterstattung über Friedens-

initiativen dritter Parteien qualifizieren. Dabei wird die sowjetische Initiative sehr positiv und detailliert dargestellt. Sie wird weder in Frage gestellt noch explizit zurückgewiesen. Der Text enthält sogar Anreize zur sozialen Identifikation mit Gorbatschow. Dennoch eröffnet auch dieser Text keine Perspektiven einer konstruktiven Konfliktlösung, sondern er benutzt die sowjetischen Vermittlungsbemühungen, um dem Krieg zu Plausibilität und Akzeptanz zu verhelfen.

Der gesamte Artikel hat die Form einer zweiseitigen Botschaft. Kritik der alliierten Kriegspolitik, Bestürzung über den Ausbruch des Krieges und das Versagen der internationalen Gemeinschaft werden gegen Saddam Hussein gewendet. In diesem Szenario dienen die detaillierte Darstellung der sowjetischen Vermittlungsbemühungen und die Anreize zur sozialen Identifikation mit Gorbatschow letztlich dazu, die Empörung über Saddam Hussein noch weiter zu steigern.

- Je mehr die sowjetischen Vermittler sich um eine friedliche Streitbeilegung bemüht haben und je mehr dies Anerkennung in dem Artikel findet,
- desto mehr scheint es gerechtfertigt, Saddam Hussein für das Scheitern der Vermittlungsbemühungen verantwortlich zu machen, desto mehr kann die Kriegsschuld Saddam Hussein zugeschrieben werden,
- desto größer ist die Empörung über Saddam Hussein und desto gerechtfertigter erscheint es, auf militärische Mittel zurückzugreifen.

Andere Artikel, die über Friedensinitiativen dritter Parteien berichteten, schlossen eine friedliche Streitbeilegung noch zielgerichteter aus. Beispiel hierfür ist ein Text, der vor Beginn der Bodenoffensive in der norwegischen Tageszeitung *Aftenposten* erschienen ist. Das zentrale Anliegen dieses Artikels sind die möglichen Probleme, die Saddam Husseins Rückzug aus Kuwait für die Fortführung des Krieges bereiten könnte. Die Schlagzeile lautet "USA besorgt über Waffenstillstand" und zeigt, wie sehr das Mandat der Vereinten Nationen zum Synonym des US-Engagements geworden ist. Der gesamte Text wird durch eskalationsorientierte Aspekte dominiert: militärische Werte, Bedrohung durch den Feind, Dämonisierung seiner Intentionen und Anreize zur sozialen Identifikation mit der eigenen (westlichen) Elite. Auf der deeskalationsorientierten Seite läßt sich lediglich mit einer gehörigen Portion guten Willens eine gewisse implizite Tendenz zu kritischer Bewertung alliierter Intentionen erkennen.

Der Artikel beginnt bereits mit einer negativen Feststellung:

- Die Aussichten auf einen Waffenstillstand sind beunruhigend, und
- was eventuell als Friedensperspektive gesehen werden könnte, wird sofort in Argumente zur weiteren Eskalation des Krieges gewendet.

Die Schlagzeile gibt bereits die Stimmung des Artikels vor, und die darauf folgenden Absätze lassen den Sturz Saddam Husseins weit

wichtiger erscheinen als einen bloßen Sieg und/oder die Befreiung Kuwaits. Der letzte Absatz schließlich ist schlicht und einfach Kriegspropaganda. Die Präzision der Bombentreffer, die technologische Überlegenheit des amerikanischen Kriegsarsenals und die Anzahl der zerstörten irakischen Hubschrauber lesen sich wie Auszüge aus General Schwarzkopfs Pressekonferenz.

Eine ähnliche Linie der Abwehr der sowjetischen Friedensinitiative findet sich zwei Tage später in der schwedischen Tageszeitung *Dagens Nyheter*. Unter der Überschrift "Enthusiasmus in Jordanien" werden einige arabische Reaktionen auf den sowjetischen Friedensplan und seine Akzeptierung durch Saddam Hussein berichtet. Dabei handelt es sich um einen polemischen Text, der die sowjetische Initiative diskreditiert und schließlich in der Warnung gipfelt, daß "die neue, irakische Nachgiebigkeit bloß ein Trick" sei.

Fast jeder einzelne Satz des Artikels gibt einer eskalationsorientierten Konzeptualisierung des Konfliktes Ausdruck; insbesondere durch:

- Konstruktion des Konfliktes als Nullsummenspiel,
- negative Bezugnahme auf Vermittlungsbemühungen,
- Zurückweisung einer friedlichen Streitbeilegung,
- Stimulation von Mißtrauen gegen den Feind und
- Dämonisierung seiner Intentionen.

Wenn Signale von Friedensbereitschaft berichtet werden, so werden diese sofort gegen den Friedensplan gewendet.

#### 4. Schluß

Die Ergebnisse der Studie lassen eine krasse Eskalationsorientierung der Golfkriegsberichterstattung erkennen. Obwohl die Medien der Berichterstattung über alternative Konfliktlösungsoptionen große Aufmerksamkeit widmeten, gab es extrem wenig kritischen Journalismus, der einer friedlichen Streitbeilegung eine Chance ließ. Selbst die Berichterstattung über Friedensinitiativen dritter Parteien diente eher dazu, den Krieg als unvermeidlich hinzustellen und eine Eskalation der Kriegsziele über das UN-Mandat hinaus zu befürworten.

Vor dem historischen Hintergrund, daß der Golfkrieg schließlich doch mit der Befreiung Kuwaits beendet wurde, kann angenommen werden, daß eine solche Eskalation jedoch kein offizielles Propagandaziel der Alliierten war. Die betreffenden Journalisten haben sich wohl eher selbst in der Propagandafalle verfangen und ihren eigenen Beitrag zur Eskalationsdynamik des Konfliktes geleistet.

Andererseits verdeutlichen die Ergebnisse aber auch einige der Schwierigkeiten, mit denen das Projekt eines kritischen Friedensjournalismus zu kämpfen hat. Wenn eine Friedensinitiative gescheitert ist, kann die bloße Berichterstattung über dieses Ereignis bereits dazu beitragen, der militärischen Logik Auftrieb zu geben.

Kritischer Friedensjournalismus erfordert offensichtlich mehr als nur die Trennung von Bericht und Meinung. Er erfordert eine intellektuelle Kapazität, die es ihm erlaubt, über den Antagonismus des Krieges hinauszugehen.

Wenn Journalisten für sich in Anspruch nehmen, einen Beitrag zur Beendigung von Krieg und Gewalt leisten zu wollen (vgl. Stock, 1997), genügt es nicht, daß sie neutral bleiben, sondern sie müssen den Rahmen von Krieg und militärischer Logik verlassen und ihre Basis in der Logik der konstruktiven Transformation von Konflikten finden.